

Christian Albrecht
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

Nr. 309/2000

Kiel, den 15. Dezember 2000

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort !



Ekkehard Klug:
„Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe muss verbessert werden“

In seinem Redebeitrag zur Landtagsdebatte über das Thema „Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe“ (TOP 16) erklärte der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion,
Dr. Ekkehard Klug:

„Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe muss verbessert werden. Beide Bereiche operieren allzu oft nebeneinander, mit der Folge, dass notwendige pädagogische Hilfen nicht bzw. nicht in ausreichendem Umfang wirksam werden können.

Den Koalitionsfraktionen möchte ich dafür danken, dass sie dieses Thema mit ihrem Antrag aufgegriffen haben.

Ich bin auch der Auffassung, dass der von SPD und Grünen vorgelegte Antrag das Thema vollständiger abdeckt als der Änderungsantrag der CDU.

Allerdings schlage ich Ihnen namens der F.D.P.-Fraktion zwei für uns sehr wichtige Änderungen vor.

1.

Wir halten es für völlig untragbar, Unterrichtsangebote zugunsten sozialpädagogischer Betreuung zur Disposition zu stellen. Dies wäre nichts anderes als die teilweise Abschaffung der Schulen zugunsten einer verstärkten sozialpädagogischen Betreuung.

Presseinformation

Es ist schlimm genug, dass in den letzten Jahren Unterrichtsangebote durch eine verschlechterte Lehrerversorgung erheblich reduziert worden sind. Vor zehn Jahren erhielten Hauptschüler im Durchschnitt 30 Wochenstunden Unterricht; heute sind es in der Regel nur 25 Wochenstunden. Weiterer Bildungsabbau ist nicht hinnehmbar. Es kommt vielmehr darauf an, schulische Angebote mit sozialpädagogischen Hilfen und Betreuungsangeboten zu vernetzen und sie, z.B. im Rahmen der Halbtags- oder Ganztagsbetreuung, entsprechend zu ergänzen.

Weil wir einen Abbau schulischer Bildung nicht akzeptieren, wollen wir den dritten Punkt in der Beispielaufzählung auf Seite 1 des Antrages der Koalitionsfraktionen streichen.

2.

Auf Seite 2 des vorliegenden Antrages schlagen wir eine Erweiterung der dort aufgezählten Beispiele vor, die sich auf das von der Landesregierung zu erstellende Handlungskonzept beziehen.

Ich meine, es ist wichtig, speziell auch jene Hilfsangebote mit zu berücksichtigen, die von Erziehungsberatungsstellen, vom Schulpsychologischen Dienst und ähnlichen Einrichtungen bereitgestellt werden.

Und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Einrichtungen der Heimerziehung ist bereits seit langem ein Bereich, in dem erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Ich hoffe, dass die Antragsteller sich bereit finden können, unsere Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge aufzunehmen - und möchte hinzufügen, dass wir in diesem Falle dem vorliegenden Antrag zustimmen würden.